

**Ä48 zu D1: Lebenshaltungskosten senken – Verhandlungen zur
Schuldenbremse und des Sondervermögens Infrastruktur im März 2025
nutzen**

Antragsteller*innen Klaus Butzinski-Stock (KV Oberhavel)

Antragstext

In Zeile 10:

Wir fordern, dass das Klimageld umgehend eingeführt wird. Es Von Beginn des Haushaltsjahres 2026 an sollen alle Einnahmen aus CO2-Steuern und Abgaben ausschließlich für das Klimageld Verwendung finden und für ggf. spätere Auszahlungen an die Bürger gesichert werden. Das Klimageld soll sozial gestaffelt und mit einer Einkommensgrenze versehen sein. Wer zu viel Klimageld erhält, soll den überschüssigen Betrag über den Steuerbescheid zurückzahlen. Diese Mittel fließen dann im Folgejahr erneut in den Klimageld-Haushalt.

Begründung

Die Mittel aus den Einnahmen der CO2-Steuern/-Abgaben dürfen nicht wie unter der Ampel-Regierung zweckentfremdet für andere Aufgaben Verwendung finden. Was in einem Jahr nicht an die Bürger verteilt werden kann muss später über das Klimageld verteilt werden (bestenfalls monatlich, damit die Bürger merken dass es das Klimageld wirklich gibt für das wir seit langem kämpfen). 2026 ist realistischer als rückwirkend, deshalb 2026. Alle Einnahmen aus der CO2-Steuer deshalb, weil dadurch die Lebenshaltungskosten stärker gesenkt werden können als wenn Teile derselben für andere - auch Klimaschutzmassnahmen - verwendet würden. Den Absatz als Ganzes verstehe ich als Teil der Agenda "TAX THE RICH".

**Ä49 zu D1: Lebenshaltungskosten senken – Verhandlungen zur
Schuldenbremse und des Sondervermögens Infrastruktur im März 2025
nutzen**

Antragsteller*innen Landesvorstand (dort beschlossen am:
14.03.2025)

Antragstext

In Zeile 1:

~~Die Landesdelegiertenkonferenz (LDK) des Landesverbands Brandenburg von Bündnis 90/Die GRÜNEN möge beschließen die folgenden sozialpolitischen Forderungen in die Verhandlungen auf Bundesebene einzubringen. Sie sollen als Empfehlung an die Bundespartei weitergegeben werden:~~ Globalalternative zum gesamten Antrag:

Die Landesdelegiertenkonferenz (LDK) des Landesverbands Brandenburg von Bündnis 90/Die GRÜNEN Brandenburg beschließt die folgenden Forderungen an die Verhandlungen zu etwaigen Sondervermögen und Grundgesetzänderungen zur Schuldenbremse:

- Verteidigungsausgaben ordentlich regeln
- SPD und CDU versuchen mit der 1%-Regel für Verteidigungsausgaben durch die Hintertür Freiräume für teure Wahlversprechen wie Agrardieselsubventionen, die Abschaffung des Solidaritätsbeitrags oder die Erhöhung der Pendlerpauschale zu schaffen. Stattdessen muss der Verteidigungsbegriff über Investitionen in die Bundeswehr hinausgedacht werden! Die Nachrichtendienste, der Zivilschutz, die Katastrophenvorsorge und die Bundeswehr müssen Teil der Regelung und die Grenze mindestens bei der aktuellen Höhe von 1,5% festgelegt werden.
- Grundsätzliche Änderung der Schuldenbremse nicht nur für Verteidigung
- SPD und CDU möchten die Schuldenbremse für Verteidigung ändern. Für ebenfalls notwendige Zukunftsinvestitionen aber nur ein einmaliges Sondervermögen aufnehmen. Stattdessen müssen aber auch Zukunftsinvestitionen in einer neuen Schuldenbremse ermöglicht werden.
- Änderungen der Schuldenbremse nur für zusätzliche Investitionen
- Die Schaffung von Ausnahmen der Schuldenbremse, um teure konsumtive Wahlversprechen zu finanzieren ist der falsche Weg. Wir fordern, dass

Grundgesetzänderungen in diesen Verhandlungen nur dann zugestimmt wird, wenn die Zusätzlichkeit der Investitionen im Gesetzestext festgeschrieben wird!

- Klimaschutz muss Teil der Ausnahmen zur Schuldenbremse sein!
- In den vergangenen 4 Regierungsjahren wurde beim Klimaschutz der Turbo angeschaltet. Dieses Tempo muss mit neuen Investitionen weiter gehalten werden. Auch hier gilt, jeder Euro Schulden darf nur zusätzlich zu Investitionen aus dem Bundeshaushalt sein. Keine Schattenhaushalte, auch nicht für Klimaschutz!

Darüber hinaus fordern wir, dass die Verhandlungen für weitergehende Forderungen genutzt werden:

- Große Einkommen und Vermögen zur Finanzierung heranziehen
- Viele der Probleme, die Deutschland hat, würden nicht existieren, wenn wir Vermögen und Erben angemessen besteuern würden. Was mit der FDP nicht funktioniert hat, muss jetzt Realität werden. Wenn die KleiKo ihrem Anspruch als „Große Wurf“-Koalition gerecht werden will, muss sie das Steuersystem vom Kopf auf die Füße stellen und die Besteuerung von großen Einkommen und Vermögen heranziehen. Damit sänke auch der Bedarf für neue Schulden. Wir können nicht zukünftigen Generationen Schulden auflasten und gleichzeitig hohe Einkommen und Vermögen schonen.
- Aufkommensneutrale Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel
- Wir fordern, dass die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel abgeschafft wird. Diese Anpassung soll so gestaltet werden, dass sie durch eine Anpassung der Mehrwertsteuer an anderer Stelle, insbesondere für Luxusartikel, keine zusätzlichen Kosten für den Staat verursacht. Besonders profitieren würden Haushalte mit geringem Einkommen – wie Alleinerziehende, Geringverdienende und Familien mit Kindern. Da die Einkommen in Ostdeutschland im Durchschnitt niedriger sind als im Westen, würde diese Maßnahme hier besonders stark entlasten.
- Einführung Klimageld spätestens 2026
- Bisher waren die Einnahmen aus der CO₂-Steuer gering und hätten nur kleine Beträge des Klimageldes ermöglicht. Außerdem mussten die Auszahlungsmechanismen erst geschaffen werden. Deshalb gab es bisher lediglich einzelne Zahlungen über die Energiepreispauschale möglich waren. Inzwischen ist ein Auszahlungsmechanismus für alle Bürgerinnen und Bürger im Einkommensteuergesetz verankert und die Einnahmen durch die CO₂-Steuer steigen durch den steigenden Steuersatz. Deshalb sollte spätestens 2026 das Klimageld eingeführt und dessen Höhe in der Folgezeit mit den steigenden CO₂-Steuer-Einnahmen steigen.

Ä2 zu L1: Investieren in Brandenburgs Zukunft – Fortschritt statt Stillstand

Antragsteller*innen Svenja Künstler (KV Potsdam-Mittelmark)

Antragstext

Von Zeile 10 bis 11:

In Krisenzeiten darf nicht nur gekleckert werden. Brandenburg muss klotzen. Die ökologischen und sozialen Herausforderungen erfordern mutige Investitionen in eine fossilfreie Energieversorgung, den Erhalt unserer Infrastruktur sowie in Forschung und Entwicklung, die jedoch durch die Schuldenbremse systematisch behindert werden. Anstatt flexibel auf die Herausforderungen unserer Zeit reagieren zu können, wird Brandenburg durch diese Beschränkung in einen engen Korridor der finanziellen Enthaltbarkeit gedrängt. Daher muss die Schuldenbremse ~~abgeschafft~~ reformiert und um eine Investitionsregel ergänzt werden. Nur so kann ihre Generationengerechtigkeit erhöht werden. Dazu müssen die Investitionen in einem Vermögenshaushalt transparent dargestellt werden, um den Bürger*innen gegenüber klar zu belegen, dass die Gelder für Investitionen verwendet wurden. Wir fordern die aktuelle Regierungskoalition auf, Ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag einzuhalten und sich für eine Reform ~~oder~~ Abschaffung der Schuldenbremse einzusetzen.

Begründung

Wir haben uns auf dem Bundesparteitag im Januar darauf geeinigt, dass wir die Reform der Schuldenbremse und nicht ihre Abschaffung fordern. Das sollten wir auch hier tun.

Ä5 zu L1: Investieren in Brandenburgs Zukunft – Fortschritt statt Stillstand

Antragsteller*innen

Svenja Künstler (KV Potsdam-Mittelmark)

Antragstext

In Zeile 15 einfügen:

- Die **Umsetzung des Klimaplan**s ausreichend zu finanzieren und die Kommunen bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen finanziell zu unterstützen, z.B. durch den Aufbau einer Klima- und Energieagentur wie im Klimaplan vorgesehen. Die Natur ist unsere beste Verbündete beim Klimaschutz. Gesunde Böden, Wälder und Moore schützen nicht nur das Klima, sondern mildern auch Auswirkungen der Klimakrise wie Hitze, Dürre oder Starkregen ab. Umso fataler ist es, dass die neue Landesregierung den Moorschutz depriorisiert und bei der Umsetzung der EU-Wiederherstellungsverordnung die Arbeit verweigert.

Begründung

Die Wiederherstellung von Ökosystemen ist ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz. Die neue Landesregierung sollte die Möglichkeiten des natürlichen Klimaschutzes nutzen statt ihn auszubremsen.

Ä6 zu L1: Investieren in Brandenburgs Zukunft – Fortschritt statt Stillstand

Antragsteller*innen

Svenja Künstler (KV Potsdam-Mittelmark)

Antragstext

In Zeile 16 einfügen:

- Den **Umwelt- und Naturschutz** in Brandenburg auszufinanzieren! Besonderen Augenmerk legen wir hierbei auf die Finanzierung der Umweltverbände, die wichtige Arbeit leisten. Umweltbildung begeistert Groß und Klein für die Schönheit unserer Natur in Brandenburg und zeigt naturwissenschaftliche Zusammenhänge auf. Sie muss mit ausreichend finanziellen Mitteln abgesichert sein. Die zweckgebundenen Mittel im NaturSchutzFonds dürfen nicht für den Haushalt umgewidmet werden.

Begründung

erfolgt mündlich

Ä8 zu L1: Investieren in Brandenburgs Zukunft – Fortschritt statt Stillstand

Antragsteller*innen Petra Budke (KV Havelland)

Antragstext

In Zeile 4 einfügen:

Nachdem sich CDU und SPD letztes Jahr geweigert haben noch einen Haushalt für 2025 aufzustellen, muss diese Hängepartie für das Land nun so schnell wie möglich enden. Jetzt müssen die Weichen gestellt werden, für ein Land, das sich in seiner größten Transformation behaupten kann. **Investitionen in die Umsetzung des Klimaplanes und das Mobilitätsgesetz, die klimafreundliche Transformation der Wirtschaft, den sozialen Zusammenhalt, die Bildung und die Förderung von Demokratie sind entscheidend für ein nachhaltiges, lebenswertes und gerechtes Brandenburg.**

Ä9 zu L1: Investieren in Brandenburgs Zukunft – Fortschritt statt Stillstand

Antragsteller*innen Petra Budke (KV Havelland)

Antragstext

In Zeile 21:

- ... weitere Verbesserungen bei der Kitaqualität, ein Kitagesetz, das endlich die Kitafinanzierung auf verlässliche Füße stellt und ~~nicht jede Kommune im Regen stehen lässt~~ eine Fachkräfteoffensive für mehr und gut ausgebildetes Personal.

Ä14 zu L1: Investieren in Brandenburgs Zukunft – Fortschritt statt Stillstand

Antragsteller*innen Petra Budke (KV Havelland)

Antragstext

In Zeile 22:

- ...~~Lehreraus-~~ multiprofessionelle Teams an Schulen, eine Reform der Lehrkräfteausbildung und ~~weiterbildung~~ gute Weiterbildungsangebote im ganzen Land. Die Landesregierung muss anfangen mindestens den eigenen Koalitionsvertrag zu diesem Thema umzusetzen, anstatt nur Ankündigung auf Ankündigung folgen zu lassen.

Ä15 zu L1: Investieren in Brandenburgs Zukunft – Fortschritt statt Stillstand

Antragsteller*innen Petra Budke (KV Havelland)

Antragstext

In Zeile 24 einfügen:

- ... Sanierungen und Neubau von Kita- und Schulgebäuden. Die Landesregierung darf die Kommunen beim Aufholen des Sanierungsstaus in Schulen und Kitas nicht allein lassen.

Ä16 zu L1: Investieren in Brandenburgs Zukunft – Fortschritt statt Stillstand

Antragsteller*innen Petra Budke (KV Havelland)

Antragstext

In Zeile 25:

- ...die Qualität und Nachfragebewältigung Attraktivitätssteigerung bei Berufsausbildungen. Die Landesregierung muss die Berufsausbildung mit guten, regional verteilten Berufsschulen Oberstufenzentren und einem Ausbildungswerk Brandenburg attraktiver machen.

Ä17 zu L1: Investieren in Brandenburgs Zukunft – Fortschritt statt Stillstand

Antragsteller*innen Rebecca Lea Freudl (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 4 einfügen:

Nachdem sich CDU und SPD letztes Jahr geweigert haben noch einen Haushalt für 2025 aufzustellen, muss diese Hängepartie für das Land nun so schnell wie möglich enden. Jetzt müssen die Weichen gestellt werden, für ein Land, das sich in seiner größten Transformation behaupten kann. **Investitionen in die Umsetzung des Klimaplanes und das Mobilitätsgesetz, die klimafreundliche Transformation der Wirtschaft, die Digitalisierung, den sozialen Zusammenhalt und die Förderung von Demokratie sind entscheidend für ein nachhaltiges, lebenswertes und gerechtes Brandenburg.**

Begründung

Brandenburg hinkt bei der Digitalisierung - in allen Bereichen, von der Verwaltung, über die Bildung bis hin zur Wirtschaft - im Bundesländervergleich hinterher, was die Zukunftsfähigkeit der verschiedenen Sektoren massiv gefährdet- hier braucht es erhebliche Anstrengungen, die nicht ohne deutliche Investitionen zu bewerkstelligen sind.

Ä30 zu L1: Investieren in Brandenburgs Zukunft – Fortschritt statt Stillstand

Antragsteller*innen Tammo Westphal (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 1:

Die politische Landschaft in Brandenburg hat sich mit der neuen Landesregierung aus SPD und BSW grundlegend verändert. Das BSW ~~ist ohne Parlamentserfahrung und mit nur 32 Mitgliedern im Landesverband~~, eine Partei die hinter Russland steht, die für Grenzkontrollen, für Leistungskürzungen von Bürgergeldempfänger*innen oder gegen einen Braunkohleausstieg 2030 steht, darf in ~~Regierungsverantwortung. Ob es dieser~~ Brandenburg langfristig keine Verantwortung ~~gerecht werden kann, wird sich erst noch zeigen~~ übernehmen. Die SPD versucht glaubhaft zu machen, dass sie in dieser Wahlperiode tatsächlich Dinge Veränderungen (Beispiel Bürokratieabbau) ~~verändern will~~ herbeiführen kann. ~~Dinge~~ Sie will Dinge ändern, die sie in über 30 Jahren Regierungsverantwortung entweder selbst eingeführt hat oder seit Jahrzehnten aussitzt. ~~Dabei steht~~ Brandenburg steht vor den größten Herausforderungen seit den Wendejahren und hat für diese Aufgaben eine rückwärtsgewandte Stillstandscoalition bekommen!

Begründung

Lasst uns das BSW endlich auch Inhaltlich stellen! Selbst wenn sie plötzlich 1000 Mitglieder haben und Regierungsverantwortung, macht sie das trotzdem zu keiner Partei die in diesem Land Verantwortung übernehmen darf!

Wir wissen schon jetzt: mit dieser Regierung wird das Leben der Menschen in Brandenburg kein Stück besser!

Ä33 zu L1: Investieren in Brandenburgs Zukunft – Fortschritt statt Stillstand

Antragsteller*innen Tammo Westphal (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 2:

Der ~~Rechtsextremismus~~Faschismus bricht Bahn und nicht nur konservative Parteien machen hier den gleichen Fehler wie überall in der Welt: Sie eifern mit den Rechtsextremen und übernehmen deren ~~Wordings~~Sprache und Politik, obwohl sie wissen, dass die Menschen immer das Original wählen werden. Noch schlimmer: Sie stehen hinter ihrer rechten Politik und glauben, dass sie damit wirklich das Leben der Menschen im Land verbessern. Dem stellen wir uns gemeinsam mit allen, die diesen Fehler erkennen, mit voller Kraft im ganzen Land entgegen.

Begründung

Die CDU, SPD und weitere Parteien sind mit ihren Positionen klar nach rechts gerückt. Das machen sie nicht nur, weil sie AfD Wähler*innen gefallen wollen, sondern weil sie mittlerweile auch an diese Politik glauben. Das sollten wir klar benennen.

Ä34 zu L1: Investieren in Brandenburgs Zukunft – Fortschritt statt Stillstand

Antragsteller*innen Tammo Westphal (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 9 einfügen:

Brandenburg braucht Lehrer*innen, die sich keine Sorge darum machen müssen, dass ihnen das Dach auf den Kopf fällt, weil es keine Programme zur Sanierung gibt. Die Kommunen brauchen verlässliche Unterstützung zur Bewältigung der anstehenden Herausforderung, egal ob es um die Rettung des Krankenhauses, den Neubau einer Feuerwache oder um Klimaschutzmaßnahmen geht. Die Menschen im Land brauchen die Gewissheit, dass sie ihren Einkauf bezahlen können und am Ende des Monats noch genug Geld für die Stromrechnung bleibt.

Ä36-Teil1: Investieren in Brandenburgs Zukunft – Fortschritt statt Stillstand

Antragsteller*innen Tammo Westphal

Antragstext

Von Zeile 10 bis 11 einfügen:

In Krisenzeiten darf nicht nur gekleckert werden. Brandenburg muss klotzen. Das sind wir den jungen Menschen und der kommenden Generationen schuldig. Die ökologischen und sozialen Herausforderungen erfordern mutige Investitionen in eine fossilfreie Energieversorgung, den Erhalt und Ausbau unserer Infrastruktur, in Klimaschutz, in soziale Absicherung sowie in Forschung und Entwicklung, die jedoch durch die Schuldenbremse systematisch behindert werden. Die Schuldenbremse ist zur Zukunftsbremse geworden. Anstatt flexibel auf die Herausforderungen unserer Zeit reagieren zu können, wird Brandenburg durch diese Beschränkung in einen engen Korridor der finanziellen Enthaltsamkeit gedrängt. Daher muss die Schuldenbremse abgeschafft oder um eine Investitionsregel ergänzt werden. Nur so kann ihre Generationengerechtigkeit erhöht werden. Dazu müssen die Investitionen in einem Vermögenshaushalt transparent dargestellt werden, um den Bürger*innen gegenüber klar zu belegen, dass die Gelder für Investitionen verwendet wurden. Wir fordern die aktuelle Regierungskoalition auf, Ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag einzuhalten und sich für eine Reform oder Abschaffung der Schuldenbremse einzusetzen.

Ä36-Teil2 zu L1: Investieren in Brandenburgs Zukunft – Fortschritt statt Stillstand

Antragsteller*innen Tammo Westphal

Antragstext

Von Zeile 10 bis 11:

In Krisenzeiten darf nicht nur gekleckert werden. Brandenburg muss klotzen. Die ökologischen und sozialen Herausforderungen erfordern mutige Investitionen in eine fossilfreie Energieversorgung, den Erhalt unserer Infrastruktur sowie in Forschung und Entwicklung, die jedoch durch die Schuldenbremse systematisch behindert werden. Die Schuldenbremse ist zur Zukunftsbremse geworden. Anstatt flexibel auf die Herausforderungen unserer Zeit reagieren zu können, wird Brandenburg durch diese Beschränkung in einen engen Korridor der finanziellen Enthaltsamkeit gedrängt. Daher muss die Schuldenbremse abgeschafft ~~oder um eine Investitionsregel ergänzt~~ werden. Nur so kann ihre Generationengerechtigkeit erhöht werden. Dazu müssen die Investitionen in einem Vermögenshaushalt transparent dargestellt werden, um den Bürger*innen gegenüber klar zu belegen, dass die Gelder für Investitionen verwendet wurden. Wir fordern die aktuelle Regierungskoalition auf, Ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag einzuhalten und sich für eine Reform oder Abschaffung der Schuldenbremse einzusetzen.

Ä36-Teil3 zu L1: Investieren in Brandenburgs Zukunft – Fortschritt statt Stillstand

Antragsteller*innen Tammo Westphal

Antragstext

Von Zeile 10 bis 11 einfügen:

In Krisenzeiten darf nicht nur gekleckert werden. Brandenburg muss klotzen. Die ökologischen und sozialen Herausforderungen erfordern mutige Investitionen in eine fossilfreie Energieversorgung, den Erhalt unserer Infrastruktur sowie in Forschung und Entwicklung, die jedoch durch die Schuldenbremse systematisch behindert werden. Anstatt flexibel auf die Herausforderungen unserer Zeit reagieren zu können, wird Brandenburg durch diese Beschränkung in einen engen Korridor der finanziellen Enthaltbarkeit gedrängt. Daher muss die Schuldenbremse abgeschafft oder um eine Investitionsregel ergänzt werden. Nur so kann ihre Generationengerechtigkeit erhöht werden. Dazu müssen die Investitionen in einem Vermögenshaushalt transparent dargestellt werden, um den Bürger*innen gegenüber klar zu belegen, dass die Gelder für Investitionen verwendet wurden. Wir fordern die aktuelle Regierungskoalition auf, Ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag einzuhalten und sich für eine Reform oder Abschaffung der Schuldenbremse einzusetzen.

Das Geld ist da, es ist nur schlecht verteilt! Wir brauchen neben der Abschaffung der Schuldenbremse auch endlich eine Vermögenssteuer. Wir fordern die Landesregierung daher auf, sich auf Bundesebene für eine Vermögenssteuer einzusetzen. Während Menschen in diesem Land immer reicher und reicher werden, werden Menschen in Armut stigmatisiert und vom Staat mehr und mehr alleine gelassen. Wir brauchen endlich eine Umverteilung von oben nach unten, gleiche Vermögensverhältnisse in Ost und West, sowie endlich eine Politik die Menschen aus der Armut holt, statt ihnen selbst die Schuld dafür zu geben. Tax the rich now!

Ä37 zu L1: Investieren in Brandenburgs Zukunft – Fortschritt statt Stillstand

Antragsteller*innen Tammo Westphal (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 14:

Die Klimakrise ist die größte Bedrohung für unser Leben. Es braucht massive Investitionen ~~und~~ ein schnelles Umdenken und konsequentes handeln. Wir haben in der letzten Legislatur mit dem Klimaplan und dem Mobilitätsgesetz einen wichtigen Grundstein gelegt, an den zwingend angeknüpft werden muss. Die neue Landesregierung darf im nächsten Haushalt den Rotstift nicht auf Kosten wichtiger Zukunftsprojekte ansetzen. Wir fordern die Landesregierung auf:

Ä41 zu L1: Investieren in Brandenburgs Zukunft – Fortschritt statt Stillstand

Antragsteller*innen Clemens Rostock (KV Oberhavel)

Antragstext

In Zeile 2 einfügen:

Der Rechtsextremismus bricht Bahn und nicht nur konservative Parteien machen hier den gleichen Fehler wie überall in der Welt: Sie eifern mit den Rechtsextremen und übernehmen deren Wordings, obwohl sie wissen müssten, dass die Menschen immer das Original wählen werden. Dem stellen wir uns gemeinsam mit allen, die diesen Fehler erkennen, mit voller Kraft im ganzen Land entgegen.

Begründung

Ich bin unsicher, ob die Konservativen das wirklich begriffen haben.

Ä42 zu L1: Investieren in Brandenburgs Zukunft – Fortschritt statt Stillstand

Antragsteller*innen Clemens Rostock (KV Oberhavel)

Antragstext

Nach Zeile 15 einfügen:

- Den Ausbau der Erneuerbaren fortzuführen und den Strukturwandel konsequent voranzutreiben, um den Kohleausstieg 2030 zu ermöglichen. Dabei muss der Anteil des Bergbaubetreibers an den Folgekosten sichergestellt werden, um unnötige Kosten für die Allgemeinheit zu vermeiden.

Begründung

Energiewende sollte im Abschnitt Klima auftauchen.

Ä43 zu L1: Investieren in Brandenburgs Zukunft – Fortschritt statt Stillstand

Antragsteller*innen Clemens Rostock (KV Oberhavel)

Antragstext

Nach Zeile 17 einfügen:

- Die Erfolgsgeschichten vom Ökoaktionsplan, der Ernährungsstrategie und der Kantine Zukunft fortzuschreiben, um die Ökologisierung von Landwirtschaft und Ernährung gemeinsam mit den Landwirt*innen und den Konsument*innen im Land fortzuführen.

Begründung

Agrar- und Ernährungswende ergänzt.

Ä44 zu L1: Investieren in Brandenburgs Zukunft – Fortschritt statt Stillstand

Antragsteller*innen Tammo Westphal (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 3:

Diese Kraft haben wir. Mit über 3.700 Parteimitgliedern senden die Brandenburger*innen ein klares Signal: auch ohne parlamentarische Vertretung kommen die bündnisgrünen Lösungsvorschläge an ~~und~~ müssen regelmäßig auf die Tagesordnung gesetzt und auf die Straße getragen werden. Wir werden unseren Einfluss und unsere Verantwortung für eine zukunftsfähige, gerechte und nachhaltige Entwicklung unseres Bundeslandes wahrnehmen. Wir sind die Kraft im Land, die für echte Veränderung steht, für Politik mit Weitsicht, für eine Politik der Solidarität und Menschlichkeit, die die Schwächsten in unserem Land in den Mittelpunkt stellt und für ihre Rechte kämpft.

Ä47 zu L1: Investieren in Brandenburgs Zukunft – Fortschritt statt Stillstand

Antragsteller*innen Tammo Westphal (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 25 einfügen:

- ...die Qualität und Nachfragebewältigung bei Berufsausbildungen. Die Landesregierung muss die Berufsausbildung mit guten, regional verteilten Berufsschulen, einer höheren Mindestausbildungsvergütung und einem Ausbildungswerk Brandenburg attraktiver machen.

Ä10 zu S1: Für eine faire Delegiertenverteilung: Stadt und Land ausgewogen repräsentieren

Antragsteller*innen Lars Gindele (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 5:

~~Zusätzlich zu den Grundmandaten wird die~~(3) Zur Ermittlung der Delegiertenzahl ~~eines Kreisverbands~~ pro Kreisverband gilt folgendes Verfahren: Jeder Kreisverband erhält zwei Grundmandate. Die darüber hinausgehende Delegiertenzahl wird durch eine Mischregelung ermittelt, die sowohl die Mitgliederzahl des Kreisverbands als auch die Einwohnerzahl des entsprechenden Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt berücksichtigt. ~~Die Berechnung wird wie folgt durchgeführt:~~

- **Zusatzmandate durch Mitgliederzahl:** 50 % der zusätzlichen Delegiertenmandate werden auf Grundlage der Mitgliederzahl des Kreisverbands berechnet. Hierfür wird die Mitgliederzahl des Kreisverbands mit 50 multipliziert und das Ergebnis durch die Gesamtmitgliederzahl des Landesverbands dividiert.
- **Zusatzmandate durch Einwohnerzahl:** Die verbleibenden 50 % der zusätzlichen Delegiertenmandate werden anhand der Einwohnerzahl des dem Kreisverband zugehörigen Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt berechnet. Hierfür wird die Einwohnerzahl mit 50 multipliziert und das Ergebnis durch die Gesamteinwohnerzahl des Landes Brandenburg dividiert.
- Die Gesamtzahl der Delegierten eines Kreisverbands ergibt sich aus der Summe der Grundmandate, der Mandate durch Mitgliederzahl und der Mandate durch Einwohnerzahl.
Sollte die Berechnung zu einem Bruchteil eines Mandats führen, wird das Ergebnis kaufmännisch gerundet. Als Stichtag für die Mitgliederzahl gilt der 31.12. des Vorjahres. Die Delegierten werden auf der Mitglieder- bzw. Delegiertenversammlung des Kreisverbands gewählt. Die Kreisverbände sind aufgefordert, bei der Wahl die Anzahl und die Stärke der Ortsgruppen zu berücksichtigen.

Ä11 zu S1: Für eine faire Delegiertenverteilung: Stadt und Land ausgewogen repräsentieren

Antragsteller*innen Lars Gindele (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 4:

Daher möge die Landesdelegiertenkonferenz beschließen, ~~die~~§9 der Satzung des Landesverbands Brandenburg wie folgt zu ändern:

Ä12 zu S1: Für eine faire Delegiertenverteilung: Stadt und Land ausgewogen repräsentieren

Antragsteller*innen Lars Gindele (KV Potsdam)

Antragstext

Von Zeile 6 bis 9 löschen:

- ~~1. **Grundmandate:** Jeder Kreisverband erhält weiterhin zwei Grundmandate.~~
- ~~2. **Zusatzmandate durch Mitglieder:** 50 % der zusätzlichen Delegiertenmandate werden auf Basis der Mitgliederzahl des Kreisverbands berechnet. Dafür wird die Zahl der Mitglieder des Kreisverbands mit 50 multipliziert und das Ergebnis durch die Gesamtmitgliederzahl des Landesverbands dividiert.~~
- ~~3. **Zusatzmandate durch Einwohner:** Die verbleibenden 50 % der zusätzlichen Delegiertenmandate werden auf Basis der Einwohnerzahl des dem Kreisverband entsprechenden Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt berechnet. Dafür wird die Einwohnerzahl mit 50 multipliziert und das Ergebnis durch die Gesamteinwohnerzahl des Landes Brandenburg dividiert.~~
- ~~4. **Ermittlung der Gesamtdelegiertenanzahl:** Die Gesamtzahl der Delegierten eines Kreisverbands ergibt sich aus der Summe der Grundmandate, der Mandate durch Mitglieder und der Mandate durch Einwohnerzahl.~~

Ä13 zu S1: Für eine faire Delegiertenverteilung: Stadt und Land ausgewogen repräsentieren

Antragsteller*innen Lars Gindele (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 10 löschen:

~~Sollte die Berechnung zu einem Bruchteil von Mandaten führen, wird auf die nächste ganze Zahl kaufmännisch gerundet.~~

Ä21 zu S1: Für eine faire Delegiertenverteilung: Stadt und Land ausgewogen repräsentieren

Antragsteller*innen Rebecca Lea Freudl (KV Potsdam)

Titel

Ändern in:

Strategieprozess zur Stärkung ländlicher Räume

Ä22 zu S1: Für eine faire Delegiertenverteilung: Stadt und Land ausgewogen repräsentieren

Antragsteller*innen Rebecca Lea Freudl (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 1:

~~Die aktuelle Delegiertenverteilung zur LDK basiert ausschließlich auf der Mitgliederzahl der Kreisverbände und führt dazu, dass städtische Regionen teilweise deutlich überrepräsentiert sind, während ländliche Regionen Brandenburgs zu wenig berücksichtigt werden. Beispielsweise entfallen auf Potsdam aktuell fast 20 % der Delegierten, während die Einwohnerzahl nur etwa 7 % Brandenburgs entspricht. Dies widerspricht unserem Ziel, alle Perspektiven in Brandenburg ausgewogen abzubilden.~~

Die LDK beauftragt den Landesvorstand einen partizipativen strategischen Prozess zur Stärkung ländlicher Räume zu starten.

Ziel dieses Prozesses ist es, entlang der Linien (1) Themen, (2) Formate, (3) und Strukturen konkrete Vorschläge zu entwickeln, wie Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg die ländlichen Regionen im Flächenland Brandenburg gezielt stärken und dort bis zur nächsten Landtagswahl als Partei an Relevanz und Zustimmung gewinnen können.

Auch eine Anpassung des Delegiertenschlüssels soll in diesem Prozess sorgfältig abgewogen werden.

Ä23 zu S1: Für eine faire Delegiertenverteilung: Stadt und Land ausgewogen repräsentieren

Antragsteller*innen Rebecca Lea Freudl (KV Potsdam)

Antragstext

Von Zeile 6 bis 9 löschen:

- ~~1. **Grundmandate:** Jeder Kreisverband erhält weiterhin zwei Grundmandate.~~
- ~~2. **Zusatzmandate durch Mitglieder:** 50 % der zusätzlichen Delegiertenmandate werden auf Basis der Mitgliederzahl des Kreisverbands berechnet. Dafür wird die Zahl der Mitglieder des Kreisverbands mit 50 multipliziert und das Ergebnis durch die Gesamtmitgliederzahl des Landesverbands dividiert.~~
- ~~3. **Zusatzmandate durch Einwohner:** Die verbleibenden 50 % der zusätzlichen Delegiertenmandate werden auf Basis der Einwohnerzahl des dem Kreisverband entsprechenden Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt berechnet. Dafür wird die Einwohnerzahl mit 50 multipliziert und das Ergebnis durch die Gesamteinwohnerzahl des Landes Brandenburg dividiert.~~
- ~~4. **Ermittlung der Gesamtdelegiertenanzahl:** Die Gesamtzahl der Delegierten eines Kreisverbands ergibt sich aus der Summe der Grundmandate, der Mandate durch Mitglieder und der Mandate durch Einwohnerzahl.~~

Ä24 zu S1: Für eine faire Delegiertenverteilung: Stadt und Land ausgewogen repräsentieren

Antragsteller*innen Rebecca Lea Freudl (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 2 löschen:

~~Die Wahlergebnisse dieses Superwahljahrs haben uns gezeigt, dass wir in einem Flächenland wie Brandenburg als Partei an Relevanz verlieren, wenn wir die Perspektiven und Lebensrealitäten der Menschen in den ländlichen Regionen nicht ausreichend einbeziehen. Besonders die Ergebnisse der Landtagswahl 2024 verdeutlichen, dass wir als Partei in den ländlichen Regionen nicht stark genug verankert sind. Unsere Inhalte und Kommunikation sind übermäßig städtisch geprägt, was den Eindruck verstärkt, dass wir überwiegend die Interessen des Berliner Ballungsraums vertreten.~~

Ä25 zu S1: Für eine faire Delegiertenverteilung: Stadt und Land ausgewogen repräsentieren

Antragsteller*innen Rebecca Lea Freudl (KV Potsdam)

Ä26 zu S1: Für eine faire Delegiertenverteilung: Stadt und Land ausgewogen repräsentieren

Antragsteller*innen Rebecca Lea Freudl (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 5 löschen:

~~Zusätzlich zu den Grundmandaten wird die Delegiertenzahl eines Kreisverbands durch eine Mischregelung ermittelt, die sowohl die Mitgliederzahl des Kreisverbands als auch die Einwohnerzahl des entsprechenden Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt berücksichtigt. Die Berechnung wird wie folgt durchgeführt:~~

Ä27 zu S1: Für eine faire Delegiertenverteilung: Stadt und Land ausgewogen repräsentieren

Antragsteller*innen Rebecca Lea Freudl (KV Potsdam)

Ä28 zu S1: Für eine faire Delegiertenverteilung: Stadt und Land ausgewogen repräsentieren

Antragsteller*innen Rebecca Lea Freudl (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 4 löschen:

~~Daher möge die Landesdelegiertenkonferenz beschließen, die Satzung des Landesverbands Brandenburg wie folgt zu ändern:~~

Ä29 zu S1: Für eine faire Delegiertenverteilung: Stadt und Land ausgewogen repräsentieren

Antragsteller*innen Rebecca Lea Freudl (KV Potsdam)

Ä45 zu S1: Für eine faire Delegiertenverteilung: Stadt und Land ausgewogen repräsentieren

Antragsteller*innen Rebecca Lea Freudl (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 3 löschen:

~~Die Wahlergebnisse zeigen regelmäßig, dass die Entfremdung zwischen den Menschen in ländlichen Regionen und den politischen Parteien zunimmt. Um dem entgegenzuwirken und die Perspektiven der ländlichen Regionen Brandenburgs stärker in unseren Beschlüssen, der thematischen Ausrichtung und Prioritätensetzung zu berücksichtigen, soll der Berechnungsschlüssel für die Delegiertenzahl künftig auch die tatsächliche Bevölkerungsverteilung im Land einbeziehen. Neben der Mitgliederzahl sollen auch die Einwohnerzahlen der den Kreisverbänden entsprechenden Landkreise bzw. kreisfreien Städte berücksichtigt werden, um eine gerechtere und breitere Repräsentation der Brandenburger Bürgerinnen und Bürger innerhalb unserer Partei zu gewährleisten.~~

Ä46 zu S1: Für eine faire Delegiertenverteilung: Stadt und Land ausgewogen repräsentieren

Antragsteller*innen Rebecca Lea Freudl (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 10 löschen:

~~Sollte die Berechnung zu einem Bruchteil von Mandaten führen, wird auf die nächste ganze Zahl kaufmännisch gerundet.~~

Ä3 zu V2: Migrationspolitik mit Menschlichkeit statt Reaktionismus

Antragsteller*innen Lucia Maack (KV Oder-Spree)

Antragstext

Nach Zeile 18 einfügen:

- Integration gelingt nur mit dem Erwerb von Sprache - je schneller dies geschieht, desto besser für unsere Gesellschaft. Daher setzt sich der Landesvorstand dafür ein, dass die Abschaffung von Eltern-, Frauen- und Jugendintegrationskursen sowie von Berufssprachkursen bis Niveau B1 und überhalb von Niveau C1 zurückgenommen werden (s. "[Fünfte Verordnung zur Änderung der Integrationskursverordnung](#)" des BAMF).

Begründung

Die mit der [Fünften Verordnung zur Änderung der Integrationskursverordnung](#) des BAMF entfallenden Kursarten werden die Integration von geflüchteten Menschen erschweren.

Berufssprachkurse (auch Intensivkurse genannt) ermöglichen es, die deutsche Sprache in deutlich kürzerer Zeit zu erlernen als die allgemeinen Integrationskurse. Sie sind damit ein gutes Mittel, um besonders motivierten und schnelllernenden Menschen eine schnellere Arbeitsaufnahme in qualifizierter Beschäftigung oder die Aufnahme einer Ausbildung oder eines Studiums zu ermöglichen. Damit entlasten sie mittel- und langfristig auch unser Sozialsystem. Der Wegfall von Berufssprachkursen bis Zielniveau B1 verlangsamt den Spracherwerb zu Beginn, während der Wegfall von Berufssprachkursen mit dem Ziel C1 und C2 des Europäischen Referenzrahmens für Sprachen insbesondere diejenigen Menschen bei der Integration behindert, die ein Studium oder eine hochqualifizierte Beschäftigung anstreben.

Das Wegfallen der Kurse, welche zeitlich, inhaltlich und strukturell auf besonders vulnerable Zielgruppen wie Eltern, Frauen und Jugendliche ausgerichtet sind, wird eine schnelle Orientierung dieser Zielgruppen in unserer Gesellschaft behindern und trägt somit nicht zum Abbau von Diskriminierung gegen diese bei.

Ä4 zu V2: Migrationspolitik mit Menschlichkeit statt Reaktionismus

Antragsteller*innen Julian Niclas (KV Frankfurt-Oder)

Antragstext

In Zeile 3:

~~Auch Bündnis 90/Die Grünen tragen~~ Wir dürfen nicht dazu ~~bei, indem~~ beitragen, dass Beschlüsse für eine restriktivere Migrationspolitik gefasst und gerechtfertigt werden; ~~neuerdings sogar durch den~~ Der "Zehn Punkte Plan für eine bessere Sicherheit" von Robert Habeck hat jedoch dazu beigetragen. Eine Partei, die sich selbst als Partei der Menschenrechte sieht, sollte nicht mehr Abschiebungen oder ein härteres Vorgehen an den EU-Außengrenzen fordern. Wir als Bündnisgrüne müssen wieder deutlicher sagen: Deutschland braucht wieder eine Willkommenskultur!

Begründung

Der ursprüngliche Text könnte so verstanden werden, als würde BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN insgesamt eine restriktivere Migrationspolitik unterstützen. Das wird der Vielschichtigkeit der innerparteilichen Diskussionen nicht ganz gerecht. Die Änderung stellt klarer heraus, dass bestimmte politische Entscheidungen in diese Richtung gehen, ohne dabei eine pauschale Aussage über die gesamte Partei zu treffen. Zudem sorgt die angepasste Formulierung für eine eindeutigere Positionierung: Anstatt nur festzustellen, dass zur Verschärfung beigetragen wird, wird eine klare Abgrenzung vorgenommen („Wir dürfen nicht dazu beitragen, dass ...“). Dadurch wird die Kritik an restriktiven Maßnahmen geschärft und eine progressive Haltung deutlicher betont.

Ä7 zu V2: Migrationspolitik mit Menschlichkeit statt Reaktionismus

Antragsteller*innen Landesvorstand (dort beschlossen am:
07.03.2025)

Antragstext

In Zeile 3:

Auch Bündnis 90/Die Grünen tragen dazu bei, indem Beschlüsse für eine restriktivere Migrationspolitik gefasst und gerechtfertigt werden, ~~neuerdings sogar durch den "Zehn Punkte Plan für eine bessere Sicherheit" von Robert Habeck~~. Eine Partei, die sich selbst als Partei der Menschenrechte sieht, sollte nicht mehr Abschiebungen oder ein härteres Vorgehen an den EU-Außengrenzen fordern. Wir als Bündnisgrüne müssen wieder deutlicher sagen: Deutschland braucht ~~wieder~~ eine Willkommenskultur!

Die Anschläge der letzten Monate führen zu Ängsten und Sorgen und machen auch uns betroffen. Doch statt Scheindebatten über Migration als Reaktion auf die jüngsten Anschläge zu führen, sollte sichergestellt werden, dass psychisch kranke Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft – schnell und umfassend Hilfe erhalten, insbesondere in psychischen Ausnahmesituationen. Dafür sind die Wartezeiten für Therapieplätze durch eine erhebliche Erhöhung der Kassenzulassungen zu senken und bessere Angebote für Menschen in akuten psychischen Krisen zu schaffen.

Begründung

erfolgt mündlich

Ä18 zu V2: Migrationspolitik mit Menschlichkeit statt Reaktionismus

Antragsteller*innen Rebecca Lea Freudl (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 1 löschen:

Über die letzten Jahre ist die Migration künstlich zu einem der zentralen Themen der Politik geworden. Sie nimmt sowohl in der gesellschaftlichen Stimmung als auch in Politik und Medien seit langer Zeit wieder einen hohen Stellenwert ein und das obwohl die Zahl der Asylbewerber*innen rückläufig ist. Rechtsextreme instrumentalisieren die Ängste und Nöte von Menschen, um gegen geflüchtete Personen zu hetzen, ~~statt Vorschläge zur Verbesserung der Lebenssituation aller zu machen~~. Sie machen dabei die Schwächsten in der Gesellschaft zu Sündenböcken.

Begründung

Der Satz liest sich so, als richte man an Rechtsextreme die Erwartung "Vorschläge zur Verbesserung der Lebenssituation aller zu machen".

Ä19 zu V2: Migrationspolitik mit Menschlichkeit statt Reaktionismus

Antragsteller*innen

Ska Keller (KV Potsdam-Mittelmark)

Antragstext

In Zeile 4 löschen:

~~Als Partei und Landesverband müssen wir dazu beitragen, den Diskurs aktiv nach links zu verschieben und klar zu machen, dass Humanität und soziale Gerechtigkeit gegen Ängste und Sorgen helfen.~~

Ä20 zu V2: Migrationspolitik mit Menschlichkeit statt Reaktionismus

Antragsteller*innen Ska Keller (KV Potsdam-Mittelmark)

Antragstext

In Zeile 3 löschen:

~~Auch Bündnis 90/Die Grünen tragen dazu bei, indem Beschlüsse für eine restriktivere Migrationspolitik gefasst und gerechtfertigt werden, neuerdings sogar durch den "Zehn Punkte Plan für eine bessere Sicherheit" von Robert Habeck. Eine Partei, die sich selbst als Partei der Menschenrechte sieht, sollte nicht mehr Abschiebungen oder ein härteres Vorgehen an den EU-Außengrenzen fordern. Wir als Bündnisgrüne müssen wieder deutlicher sagen: Deutschland braucht wieder eine Willkommenskultur!~~

Ä31 zu V2: Migrationspolitik mit Menschlichkeit statt Reaktionismus

Antragsteller*innen Rebecca Lea Freudl (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 3 löschen:

~~Auch Bündnis 90/Die Grünen tragen dazu bei, indem Beschlüsse für eine restriktivere Migrationspolitik gefasst und gerechtfertigt werden, neuerdings sogar durch den "Zehn Punkte Plan für eine bessere Sicherheit" von Robert Habeck. Eine Partei, die sich selbst als Partei der Menschenrechte sieht, sollte nicht mehr Abschiebungen oder ein härteres Vorgehen an den EU-Außengrenzen fordern. Wir als Bündnisgrüne müssen wieder deutlicher sagen: Deutschland braucht wieder eine Willkommenskultur!~~

Ä32 zu V2: Migrationspolitik mit Menschlichkeit statt Reaktionismus

Antragsteller*innen Rebecca Lea Freudl (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 4 löschen:

~~Als Partei und Landesverband müssen wir dazu beitragen, den Diskurs aktiv nach links zu verschieben und klar zu machen, dass Humanität und soziale Gerechtigkeit gegen Ängste und Sorgen helfen.~~

Ä35 zu V2: Migrationspolitik mit Menschlichkeit statt Reaktionismus

Antragsteller*innen Clemens Rostock (KV Oberhavel)

Antragstext

In Zeile 3:

~~Auch Bündnis 90/Die Grünen tragen dazu bei, indem Beschlüsse für eine restriktivere Migrationspolitik gefasst und gerechtfertigt werden, neuerdings sogar durch den "Zehn Punkte Plan für eine bessere Sicherheit" von Robert Habeck. Eine Partei, die sich selbst als Partei der Menschenrechte sieht, sollte nicht mehr Abschiebungen oder ein härteres Vorgehen an den EU-Außengrenzen fordern. Wir als Bündnisgrüne müssen wieder deutlicher sagen: Deutschland braucht wieder eine Willkommenskultur!~~

Wir als Bündnisgrüne müssen immer wieder deutlich sagen: Deutschland braucht eine Willkommenskultur!

Begründung

Wir sollten keine Positionen beschließen, in denen wir uns selbst geißeln, sondern einfach Positionen beschließen, für die wir stehen.

Ä38 zu V2: Migrationspolitik mit Menschlichkeit statt Reaktionismus

Antragsteller*innen Clemens Rostock (KV Oberhavel)

Antragstext

In Zeile 4:

Als Partei und Landesverband müssen wir dazu beitragen, ~~den Diskurs aktiv nach links~~der von Rechtspopulisten forcierten Diskursverschiebung Einhalt zu verschiebengebieten und klar zu machen, dass Humanität und soziale Gerechtigkeit gegen Ängste und Sorgen helfen.

Begründung

Unter der "Diskursverschiebung durch die Rechtspopulisten" können sich m.E. die meisten etwas vorstellen, weil es tagtäglich beobachtbar ist. Eine "Diskursverschiebung nach links" in der Migrationspolitik ist mir dagegen zu unbestimmt. Wohin der Antrag konkret will, wird ja im Nachsatz mit "Humanität und soziale Gerechtigkeit" beschrieben. Das reicht m.E. aus.

Ä39 zu V2: Migrationspolitik mit Menschlichkeit statt Reaktionismus

Antragsteller*innen Clemens Rostock (KV Oberhavel)

Antragstext

In Zeile 5:

Nicht nur bundesweit, auch in Brandenburg steht die Migrationspolitik unter Beschuss von rechts: Nach der Landtagswahl im letzten Jahr sind die Stimmen für eine humane Asylpolitik im Landtag deutlich leiser geworden. Es ist keine Partei mehr im Brandenburger Parlament vertreten, welche sich für Integration und Bleiberecht einsetzt, stattdessen ist zu befürchten, dass sich die Fraktionen im Landtag in ihrem **Abschiebefetisch** alleinigen Fokus auf Abschiebungen gegenseitig überbieten werden.

Ä40 zu V2: Migrationspolitik mit Menschlichkeit statt Reaktionismus

Antragsteller*innen Clemens Rostock (KV Oberhavel)

Antragstext

In Zeile 10 einfügen:

- Die **Bezahlkarte** ist integrationshemmend, diskriminierend und ein Bürokratiemonster, sie gehört **in allen Landkreisen abgeschafft** bzw. gar nicht erst eingeführt. Stattdessen setzen wir uns für die Einführung einer Social Card nach dem Hannoveraner Modell ein, die sowohl integrationsfördernd ist und gleichzeitig die Verwaltung entlastet.